

# Der neue Grenzbetrieb hat sich eingespielt

Trotz Einreisebeschränkungen wickeln die Zollbeamten in Thayngen den Waren- und Personenverkehr speditiv ab

CHRISTIN SEVERIN (TEXT),  
KARIN HOFER (BILDER), THAYNGEN

In der Woche nach den Osterfeiertagen stehen am Schaffhäuser Grenzübergang Thayngen im Kanton Schaffhausen für den frühen Berufsverkehr acht Mitarbeitende der Eidgenössischen Zollverwaltung und ein Militärpolizist parat. Grenzgänger, die zur Arbeit in die Schweiz müssen, sollen die Grenze so schnell wie möglich passieren können. Anders als früher werden am Zoll derzeit aber nicht nur Stichproben durchgeführt. Grundsätzlich würden alle Einreisenden kontrolliert, erklärt Patrick Benz, als Adjutant Mitarbeiter der Eidgenössischen Zollverwaltung, in der morgendlichen Frische des Frühlingstages.

Gegen 6 Uhr beginnt die etwa zwei-stündige Stosszeit. Ein Auto nach dem anderen rollt auf die Grenze zu. «Guten Tag», grüsst eine Zöllnerin einen ihr zugewiesenen Autofahrer. Dieser hält ihr bereits seine Grenzgängerbewilligung entgegen. Mit einem kurzen Blick auf die Dokumente vergewissert sich die Beamtin, dass alles in Ordnung ist. «Haben Sie Waren dabei?» Der Mann verneint und kann weiterfahren.

## Weniger Lastwagen

Die neuen Beschränkungen für die Einreise in die Schweiz, die seit Mitte März gelten, haben sich inzwischen gut eingespielt. «Die Pendler haben die Papiere eigentlich alle parat», erklärt Patrick Benz. Um den Grenzgängern unnötige Wartezeiten zu ersparen, ist am frühen Morgen mehr Personal im Einsatz. Mit Freundlichkeit und Effizienz versucht man wohl nicht nur in Thayngen, dem potenziellen Frust der Reisenden über die neuen Vorschriften entgegenzugen. Für das Gesundheitspersonal gibt es eine sogenannte «Green Lane» für eine beschleunigte Abfertigung. Diese ist jedoch inzwischen fast überflüssig und wird auch an diesem Morgen kaum benutzt. Auch auf der anderen Spur ist nur ein kurzer Stopp vonnöten.

Auf der anderen Seite des Grenzpostens wird der Warenverkehr durchgeleitet. Einige Chauffeure tragen einen Mundschutz, während sie die Schwerverkehrsabgabe entrichten und die Zolldokumente vorzeigen. Unkoordinierte Grenzschliessungen an der österreichisch-ungarischen Grenze hatten Mitte März zu kilometerlangen Staus geführt und den Warenhandel entlang wichtiger Routen gestört. Von solchen Zuständen ist in Thayngen nichts zu sehen. Auf dem Parkplatz stehen zwar viele LKW, die Warenkontrollen sind jedoch anders als



Die meisten Grenzgänger haben ihre Bewilligung zum Passieren griffbereit.



Patrick Benz von der Zollverwaltung sagt: «Nicht jeder reagiert freundlich.»

beim Personenverkehr weiter nur stichprobenartig; aussergewöhnliche Verzögerungen in der Abwicklung gebe es deshalb nicht, meint Benz. Die schnelle Abfertigung ist aber auch eine Folge des geringeren Verkehrsaufkommens. Rund ein Viertel weniger Lastwagen passiert die Grenze. Das liegt vor allem am Einbrechen des Warenhandels. In Thayngen zeigt sich im Kleinen, was sich auf der grossen Bühne des Welthandels abspielt. Unterstützt werden die Grenzwächter von der Armee. Um den Grenzverkehr zu kanalisieren, wurden viele kleinere Grenzüberläufe gesperrt. Gerade am Anfang hätten einige Leute versucht, die geschlossenen Grenzübergänge zu umfahren. Nun kontrolliert die Eidgenössische Zollverwaltung mit Armee-Helikop-

ptern zum Teil Bewegungen in der Nähe der Grenze. Benz und sein Team haben sich in den letzten Wochen mehrfach um freundliche Kommentare anhören müssen. «Es sind natürlich schon Einschränkungen, da reagiert nicht jeder freundlich», erklärt Benz. Umgekehrt gebe es aber auch Menschen, die sich explizit für die speditive Abwicklung der Grenzkontrollen bedanken. Man sieht Patrick Benz an, dass solches Lob ein Ansporn ist. Inzwischen sind es aber nur noch vereinzelte, die aus privaten Gründen über die Grenze fahren wollen. Dies sei vor allem in schwierigen Situationen der Fall, etwa wenn jemand kranke Eltern im grenznahen Ausland habe oder bei Scheidungsfamilien ein Elternteil auf der anderen Seite der Grenze wohne. In



Der Personenverkehr unter der Woche ist um 70 Prozent zurückgegangen.



Seit Ostern müssen nach Deutschland Einreisende für 14 Tage in Quarantäne.

solchen Härtefällen haben die Grenz-wächter einen Entscheidungsspielraum.

## Zum Zahnarzt?

Bemerkenswert seien zum Teil die Ausreden, berichten die Grenz-wächter. An einem Tag habe man jemanden passieren lassen, der zum Zahnarzt nach Deutschland wollte. Am nächsten Tag seien es gleich zwanzig Personen mit dem gleichen Ziel gewesen. Konsequenz zurückgeschickt werden vom Zoll auch diejenigen, die noch immer versuchen, in Deutschland einzukaufen. Seit Fall, etwa wenn jemand kranke Eltern im grenznahen Ausland habe oder bei Scheidungsfamilien ein Elternteil auf der anderen Seite der Grenze wohne. In

sonenverkehr in Thayngen nochmals stark abgenommen. Bereits zuvor war der Personenverkehr unter der Woche um rund 70% und an den Wochenenden sogar um 90% schwächer als sonst, wie man bei der Eidgenössischen Zollverwaltung schätzt. In Thayngen stellt man sich darauf ein, dass die lückenlosen Personenkontrollen noch eine Weile aufrecht erhalten bleiben. Priorität haben die Lockerungen im Inland. Deutschland gab am Mittwoch bekannt, dass die Grenzkontrollen für weitere 20 Tage gelten sollten. Wie es danach weitergeht, ist offen. Die Grenz-wächter in Thayngen jedenfalls versuchen, mit einer schnellen Abfertigung in der schwierigen Situation ihren Teil zu einem möglichst reibungslosen Ablauf beizutragen.

# Südostasien fällt ins Bodenlose

Thailänder verkaufen wieder Gold, Indonesien erleidet einen herben Rückschlag – und dieses Mal fällt China als Ersatzmotor aus

MANFRED RIST, SINGAPUR

Die Thailänder stehen wieder Schlange, um Goldmünzen und Schmuck zu verkaufen. Auf Malaysias Grossbaustellen ist es gespenstisch still geworden. In Singapur sind in den Shoppingcentern und am Flughafen die Lichter ausgegangen. In Indonesien hat derweil die Kapitalflucht die Landeswährung Rupiah in den Keller getrieben. Die Szenerie erinnert an die asiatische Finanzkrise von 1998/99. Von Thailand ausgehend, rissen Verwerfungen damals im Dominoeffekt eine aufstrebende Region in die Rezession und trieben Millionen in die Armut. Es folgten politische Krisen, die beispielsweise in Indonesien und Thailand zu mehr Demokratie führten – und gar einen neuen Staat hervorbrachten, Osttimor. Anderswo festigten sie autoritäre Strukturen zusätzlich, etwa in Malaysia.

## Millionen von Arbeitslosen

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Krise sind für Südostasien bei weitem noch nicht absehbar. Doch der Zusammenbruch der Märkte, die noch im Jargon bis vor kurzem als «aufstrebend» galten, tritt jeden Tag deutlicher hervor. Etwa in der jüngsten Prognose des Internationalen Währungsfonds: Demnach wird die Wirtschaftsleistung der fünf grösseren regionalen Volkswirtschaften – Indonesien, Malaysia, Thailand, Singapur und der Philippinen – im laufenden Jahr um 1,3% schrumpfen. Die Schwere der Depression könnte der Asienkrise von Ende der neunziger Jahre bald wenig nachstehen: In Thailand ist der Tourismus zusammengebrochen, was wesentlich zur düsteren BIP-Prognose von minus 6,7% für 2020 beiträgt. Als Verkehrs-Hub und exportabhängiges Land leidet derzeit auch Singapur in extremis, was bis zum Jahresende zu einem Minus von bis zu 4% führen dürfte. Im Gegensatz zum kleinen Stadtstaat verfügt Indonesien über einen grossen Binnenmarkt; doch selbst das garantiert für das laufende Jahr bestenfalls ein Nullwachstum.

Wie kein anderes Land der Region braucht Indonesien konjunkturelle Dynamik für seine jugendlichen Arbeitskräfte. Seit dem Ausbruch der Krise, die sich dort erst seit Mitte März richtig manifestiert, haben laut offiziellen Zahlen bereits 2,8 Mio. Personen ihren Job verloren. Diese Zahl wird nach Einschätzung von Finanzminister Sri Mu-lyani Indrawati bald gar auf 5,2 Mio. steigen. Indonesien ist immer unter seinem eigentlichen Wachstumspotenzial geblieben. Doch nun, da das Land gerade



Ein Goldschmied in Bangkok prüft eine Kette. In der Corona-Krise verkaufen viele Thailänder ihre Schmuckstücke.

zur Aufholjagd ansetzte, droht ein dramatischer Rückschlag.

Ähnlich wie China haben die südostasiatischen Staaten in den vergangenen Jahren bei der Armutsbekämpfung durchaus eindrucksvolle Erfolge erzielt. Das trifft besonders auf Vietnam und Indonesien zu. Doch mit der Covid-19-Krise hat der wirtschaftliche Überlebenskampf für Millionen begonnen. Zum einen sind sozialstaatliche Abfederungen in der Region auch im 21. Jahrhundert praktisch inexistent; zum anderen verfügen bis auf Singapur die wenigsten Staaten über genügend Mittel, um bedürftigen Schichten nennenswert unter die Arme zu greifen. Im Fall von Thailand und Malaysia kommt dazu, dass die Verschuldung der Haushalte mit rund 70% des BIP sehr hoch ist. Monatlich jeweils 5000 Baht (rund 160 Fr.) zahlt die thailändische Regierung in den nächsten drei Monaten bedürftigen Landsleuten.

Mit derzeit rund 22 000 nachgewiesenen Corona-Fällen – wovon drei Viertel auf Indonesien, Malaysia und die Philippinen entfallen –, insgesamt also deren 1% der weltweiten Ansteckungen, steht Südostasien im internationalen Ver-

gleich noch relativ gut da. Doch die Dunkelziffern sind vermutlich gross. Damit bleibt das Risiko bestehen, dass sich die Epidemie in diesem Ländern noch über Monate hinziehen wird.

## Keine schnelle Erholung?

In einem vielbeachteten Essay hat der Unternehmer Parag Khanna, der mit seinem vor Jahresfrist erschienenen Buch «The Future is Asian» internationale Bekanntheit erlangt hat, darauf verwiesen, dass die Welt demnach vermutlich den Höhepunkt der Corona-Infektionen erreicht haben wird. Das könnte durchaus auch auf einzelne Asean-Länder zutreffen, etwa Malaysia. Dort ist die Zahl der gemeldeten Fälle auf unter 100 gefallen; die Zahl der Erkrankten ist nun erstmals gar rückläufig. Malaysia will deshalb bereits Ende April den Lock-down lockern.

Doch Khannas Ausblick bleibt insgesamt pessimistisch: Die geschwächten Volkswirtschaften werden sich seiner Ansicht nach weder V-förmig noch nach einem U-Szenario erholen, sondern eher im Muster eines breiten W mit wiederkehrenden Auf- und Ab-

schwüngen entwickeln. Das wäre gerade für Südostasien neu. Nach Rezessionen wie 1997/98 und Konjunkturdämpfern wie 2008 stellten sich Erholungen dort jeweils reflexartig ein – dank China. Im Zuge der Asienkrise sorgte China als aufstrebende Wirtschaftsmacht in der Region zweimal für entscheidende Impulse. Jetzt, da China selbst einen beispiellosen Einbruch erlebt, wettet in Südostasien niemand mehr auf diesen Ersatzmotor.

Die Corona-Krise hat ferner eine Schwachstelle in Südostasien aufgedeckt, die durch Wachstumschübe und Globalisierungswellen in letzter Zeit etwas in Vergessenheit geriet: Die vor über fünf Jahrzehnten ins Leben gerufene südostasiatische Staatengemeinschaft Asean bietet in solchen Situationen nur wenig Rückhalt. Asean steht heute weder für eine weitreichende wirtschaftliche Integration noch für eine enge Koordination in anderen Politikbereichen. So macht der Anteil des «Binnenhandels» unter den zehn Mitgliedstaaten trotz ihrer historischen, kulturellen und geografischen Nähe erst rund 26% aus. Darin kommt zwar bei den einen Staaten deren Welt-

offenheit zum Ausdruck; in anderen Fällen zeugt der tiefe Anteil aber eher von Abgrenzung gegenüber Nachbarstaaten. In jedem Fall zeigt es, dass die 2016 offiziell in Kraft getretene Asean Economic Community (AEC) letztlich noch wenig Wirkung entfaltet hat. Im AEC-Projekt werden unter anderem schrunkellose Handelsbeziehungen, Investitionsleichterungen, engere Koordinierungen in Politikbereichen wie Umwelt, Gesundheit, Katastrophenhilfe sowie Berufsbildung propagiert.

## Überrumpelte Asean-Region

Aber obwohl diese Länder in der Vergangenheit immer wieder Seuchen wie Sars und die Vogelgrippe durchlebten, traf das Coronavirus die meisten Asean-Mitglieder unvorbereitet. So ist die Gefahr durch Covid-19 bis vor kurzem je nach Staatsführung völlig unterschiedlich eingeschätzt worden. Asean wurde vom Coronavirus völlig überrumpelt: Erst am 14. April berieten sich die zehn Regierungschefs im Rahmen eines Online-Asean-Gipfeltreffens (zusammen mit China, Japan und Südkorea) erstmals über ein koordiniertes Vorgehen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung und zum Austausch von medizinischen Geräten. Noch ist unklar, ob die Corona-Krise einen direkten konstruktiven Lebensabschnitt der Staatengruppe einläutet oder deren wachsendes Unvermögen illustriert wird.

In historischer Sicht ist die Zäsur auf jeden Fall aufschlussreich: Die fünf Gründungsmitglieder verstanden sich in den sechziger und siebziger Jahren zunächst als politisches Bollwerk gegen den Kommunismus. Mit der Asean-Erweiterung in den neunziger Jahren verbanden sich dann Hoffnungen auf dauerhafte wirtschaftliche Prosperität. Jetzt steckt man in der Krise und erkennt, dass es auf elementaren Gebieten wie Umweltschutz und Seuchenprävention wenig Grundlagen für gemeinsamen Handel gibt.

Vielleicht gibt die Krise jetzt Anstösse für eine engere und raschere Koordination in Südostasien. Noch sieht es nicht danach aus: Vorderhand bleiben die Grenzen auch im Asean-Raum geschlossen, der einst so boomende Luftverkehr ist lahmgelegt, viele Geschäftsleute sind repariert, die meisten Studenten sind in ihre Heimat zurückgekehrt, und statt mehr Visafreiheit gibt es jetzt in allen Ländern Quarantänebestimmungen. Die Rezession ist auch in Südostasien unvermeidlich. Eine Neubesinnung auf die Ziele der Asean ist angebracht.

# Noch eine Milliardengarantie?

Zwei St. Galler Professoren erwarten den Zusammenbruch des Markts für Kreditversicherungen und empfehlen einen staatlichen Schutzschirm

HANSUELI SCHÖCHLI

In der laufenden Rezession wird eine Zunahme der Konkurse kaum zu vermeiden sein. Damit steigen für Lieferanten die Risiken von Zahlungsausfällen. Wer als Lieferant solche Risiken nicht eingehen will, kann sich im Prinzip gegen Ausfälle versichern. «Die Nachfrage nach Versicherungsdeckung schnell nach oben», sagt Stefan Ruf, Geschäftsführer von Euler Hermes in der Schweiz. Euler Hermes ist der globale Marktführer in der Versicherung von Lieferantenkrediten.

Doch laut Marktbeobachtern steht der steigenden Nachfrage ein sinkendes Angebot der Privatversicherer gegenüber. Die Ausfallrisiken seien so stark gestiegen, dass sich das Angebot für Privatversicherer kaum mehr lohne und diese deshalb ihre Deckungslimiten reduziert hätten, sagt ein Wirtschaftsvertreter. Zu erwarten seien weitere deutliche Reduktionen der Kreditlimiten, betont Jörn Volk vom Zürcher Versicherungsbroker See Finance. Laut groben

Schätzungen von Marktkennern decken private Kreditversicherer in der Schweiz in einem normalen Jahr Lieferervolumen von etwa 40 bis 50 Mrd. Fr. ab und erhalten dafür Prämien in der Grössenordnung von knapp 200 Mio. Fr. Dies betrifft Exportgeschäfte ebenso wie Lieferungen im Inland.

## Kampf gegen Negativspirale

Bricht nun das Angebot der privaten Kreditversicherer zusammen, könnte dies den erhofften Wiederaufschwung der Wirtschaft blockieren, befürchtet Erik Hofmann, Professor am Institut für Supply Chain Management an der Universität St. Gallen (HSG). Hofmann zeichnet in einem Aufsatz zusammen mit dem HSG-Professor Alexander Braun vom Institut für Versicherungswirtschaft und mit Vertretern des Versicherungsbrosers See Finance ein düsteres Szenario. Dieses geht etwa so: Ohne Warenkreditversicherung würden viele Unternehmen nur noch gegen Sofortbezahlung liefern, was die Handels-

ströme noch stärker hemmte und damit die Risiken für Zahlungsausfälle noch weiter steigern würde.

Zur Vermeidung dieses Szenarios braucht es laut den Autoren einen staatlichen Schutzschirm mittels Bundengarantie für Kreditversicherungen – etwa so, wie der Bund bereits Bürgschaftsgarantien für die Überbrückungskredite der Banken an KMU gesprochen hat. Als Muster verweisen die Autoren auf Deutschland. Die deutsche Regierung einigte sich mit den privaten Kreditversicherern auf ein Paket, das eine staatliche Garantie für total 30 Mrd. € enthält. Im Gegenzug liefern die Privatversicherer 65% ihrer Prämieinnahmen an den Bund ab und tragen Ausfallrisiken für die ersten 500 Mio. € sowie für die Beträge, die über die Bundesgarantie hinausgehen. Frankreich hat derweil eine Staatsgarantie für Handelskredite für total rund 10 Mrd. € gesprochen.

Soll es auch in der Schweiz eine weitere Milliardenverpflichtung des Staats richten? Im privaten Schweizer Kreditversicherungsmarkt spielen laut Markt-

kennern vor allem fünf Anbieter eine wesentliche Rolle: die drei Spezialanbieter Atradius, Euler Hermes und Coface sowie die Versicherer Axa und Zurich. Derzeit könne man nicht sagen, dass der Schweiz gar keinen privaten Markt mehr gebe, sagt Stefan Ruf von Euler Hermes. Die Warner sagen, dass dies bald der Fall sein dürfte.

## Schweiz und EU im Gleichschritt

Die staatliche Schweizer Exportrisikoversicherung Serv kann beim Wegfall privater Versicherungsleistungen einspringen. In normalen Zeiten deckt die Serv vor allem Risiken ausserhalb der reichsten Länder ab. Doch dies sind keine normalen Zeiten. So hat die EU-Kommission Ende März die wirtschaftlichen und politischen Risiken im Zusammenhang mit Ausfuhren in EU-Staaten und in andere relativ reiche Länder wie die Schweiz bis Ende Jahr als «vorübergehend nicht marktfähig» erklärt. Damit können die staatlichen Exportrisikoversicherungen der

EU-Mitglieder bis zum Jahresende auch Risiken in den genannten Ländern versichern. Diesen Schritt vollzieht auch die Schweizer Serv. «Wir haben diese Ausdehnung befristet bis 31.12.2020 im Verwaltungsrat beschlossen», sagt Serv-Präsidentin Barbara Hayoz. Zusätzliches Kapitalbedarf ortet sie nicht: «Wir sind mit Eigenkapital von 2,9 Mrd. Fr. gut ausgestattet.»

Die Serv kann allerdings kein voller Ersatz der privaten Kreditversicherer sein. Die staatliche Versicherung deckt kein rein inländisches Geschäft ab. Zudem versichert die Serv jeweils nur einzelne Exportgeschäfte und nicht ganze Debitorenportefeuilles. Die Idee eines generellen staatlichen Schutzschildes über dem privaten Kreditversicherungsmarkt nach deutschem Muster steht derzeit laut Hayoz nicht auf der Agenda. Zur Diskussion stünden dagegen für die Serv eine Erhöhung der Deckungssätze gewisser Produkte sowie flexiblere Regeln zum Mindestanforderungen inländischer Wertschöpfung für versicherte Geschäfte.

# Psychische Krankheiten verursachen hohe Kosten

Behandlungen könnten das Wohlbefinden und damit die Leistung vieler Angestellter deutlich verbessern – doch das Thema bleibt ein Tabu

MICHAEL FERBER

Angst um den Job, serbelnde Unternehmen: Die Corona-Krise sorgt bei Arbeitnehmern und Selbständigen für viel Stress – ein Nährboden für psychische Leiden. Diese sorgen nicht nur für Elend bei den Betroffenen, sondern schädigen auch die Wirtschaft erheblich. Trotzdem sind psychische Krankheiten am Arbeitsplatz auch heute noch in vielen Unternehmen und Organisationen ein Tabu – und zwar ein sehr kostspieliges. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verursachen Depressionen und Angststörungen weltweit Kosten von rund 1000 Mrd. \$ pro Jahr, indem sie die Produktivität von Erwerbstätigen verringern. Weltweit leiden schätzungsweise 264 Mio. Menschen an Depressionen. Psychische Krankheiten gelten auch als einer der wichtigsten Gründe für Erwerbsunfähigkeit.

Global gesehen erhielten rund zwei Drittel der von einer psychischen Krankheit betroffenen Personen keine Behandlung, heisst es in einem Paper

des World Economic Forum (WEF). Sogar in wohlhabenden Ländern wie den USA oder Grossbritannien dürfte dieser Wert bei 50% und mehr liegen. Dabei könnten Behandlungen von psychischen Krankheiten das Wohlbefinden von Betroffenen und damit auch deren Performance am Arbeitsplatz deutlich verbessern, sagt Garen Staglin, ein amerikanischer Private-Equity-Investor und Gründer von One Mind at Work, einer Initiative verschiedener Arbeitgeber, die sich für das Einhalten von Best-Practice-Prinzipien für psychische Gesundheit am Arbeitsplatz einsetzen.

## Falsche Anreize

«Die Kosten von psychischen Krankheiten werden stark unterschätzt», heisst es in einem Paper des Bostoner Tufts Medical Center in Kooperation mit One Mind at Work. Dabei seien Krankheiten wie Depressionen oder Angstzustände sowie Alkohol- und Drogenmissbrauch unter Erwerbstätigen weit verbreitet. Laut One Mind at Work ist sind depressive

Angestellten während 13 bis 29% ihrer Arbeitszeit beeinträchtigt. Mittlerweile gibt es gewisse Anzeichen, dass das Thema bei Führungskräften stärker in den Fokus rückt. «Mental health» hat mittlerweile einen festen Platz in der Agenda am WEF in Davos. «Die psychische Gesundheit muss endlich der körperlichen Gesundheit gleichgestellt werden», sagt Staglin. Für Unternehmen sei das Thema sehr relevant, erklärt der One-Mind-at-Work-Gründer. «Schliesslich handelt es sich bei psychischen Krankheiten um chronische Leiden, die oft nie wirklich geheilt werden.» Erwerbstätigkeit wirke in erster Linie stabilisierend für die Psyche, heben wissenschaftliche Studien hervor. Schliesslich vermitteln sie eine Tagesstruktur, geben den Arbeitnehmern eine Aufgabe und sorgen für soziale Kontakte. Allerdings sei eine gute Atmosphäre am Arbeitsplatz wichtig, sonst könnten psychische Probleme die Folge sein, sagt Staglin. «Zudem werden in vielen Unternehmen auch heute noch die Mitarbeiter gefeiert, die sich kaum Erholung

gönnen und Raubbau an ihrer Gesundheit betreiben», sagt er. Dies müsse sich ändern. Die WHO nennt zudem als Gesundheitsrisiken mangelhafte Kommunikation im Unternehmen, einen starken Grad an Fremdbestimmung, inflexible Arbeitszeiten, unklare Ziele, eine unerträgliche Arbeitsbelastung, Mobbing oder Alkohol- und Drogenmissbrauch.

## Stigma abbauen

Staglin nennt mehrere Prioritäten für Firmen in Sachen psychische Gesundheit ihrer Mitarbeiter. «In vielen Unternehmen haben in der Vergangenheit die Personalabteilungen zwar Initiativen für die psychische Gesundheit angestossen, die Konzernchefs haben diese aber nicht unterstützt», sagt er. Auch dies müsse sich ändern. Zunächst einmal ist es laut One Mind at Work wichtig, die psychische Gesundheit als wesentlichen Teil des Wohlbefindens von Mitarbeitenden wahrzunehmen. Ausserdem sollte das mit psychischen Krankheiten verbundene Stigma verringert werden.

Dies würde es betroffenen Mitarbeitern leichter machen, sich Hilfe zu suchen. Im Unternehmen sollte es entsprechende Ansprechpersonen geben.

Auch die Ausgestaltung des Arbeitsplatzes könnte wichtig sein. Dies betont Frances «Ming» Kuo, Professorin an der University of Illinois. Aus Sicht der führenden Umweltpsychologin hat die Urbanisierung einen wichtigen Anteil an der Zunahme psychischer Erkrankungen, wie sie in einem Referat am diesjährigen WEF-Jahrestreffen sagte. In vielen Städten seien grüne Flächen rar, der Mensch verliere so immer stärker den Kontakt zur Natur. Studien hätten erwiesen, dass Menschen, die in Gegenden mit viel Grün lebten, weniger oft psychisch krank würden. Städte ohne genügend «Vitamin G» (wie «grün») hingegen seien problematisch. Um psychische Krankheiten zu bekämpfen, hält Kuo es für wichtig, städtische Gegenden mit zu wenig Natur zu begrünen. Dies gelte natürlich auch für den Arbeitsplatz, zumal die Menschen dort grosse Teile ihrer Zeit verbringen.